

## Gewerkschafter für den Frieden

Input Jörn Rieken, Mitglied des Vorstands der IG BAU Berlin

FriKo Berlin, 01.02.2026, 11:45-11:50

„Kriegstüchtigkeit“ bedeutet ganz konkret „Vorbereitung auf den Krieg“. Die dafür erforderlichen „Sonderschulden“ können nur zurückgezahlt werden, indem der bisherige Sozialstaat in einen Kriegsstaat umgewandelt wird. Obwohl die Rückzahlung der Sonderschulden massiv erst 2027 einsetzen wird, erleben wir bereits jetzt den massiven Frontalangriff auf den Sozialstaat. Die angestrebte Transformation von Bundesmitteln wird heftige soziale Konflikte auslösen.

Die Gewerkschaften sind zentrale Akteure der gesellschaftlichen Verteilungsgerechtigkeit und weiterhin die potentiell wichtigste Gegenmacht gegen die Zumutungen der Kapitalseite. Gleichzeitig sind sie traditionell und grundsätzlich gegen Kriege.

Zur Verdeutlichung ein paar Zitate aus zentralen Äußerungen von Gewerkschaften, bereits ein Jahr nach Beginn des Ukrainekriegs:

- „Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit“ (**Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 01.09.2023**)
- „... ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, ... wird die IG Metall Initiativen und Abkommen zur Rüstungskontrolle fordern“ (**Beschluss des IG Metall Gewerkschaftstags, 24.10.2023**)
- So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine ... ist, es darf daraus nicht der Schluss einer Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden.“ (**Beschluss des ver.di Bundeskongresses, 21.09.2023**)

Zwar bewegen sich diese appellativen Aufrufe auch weiterhin im Rahmen des konstitutiven Sozialkooperativismus. Aber sie eröffnen den Gewerkschaften gleichfalls die Möglichkeit, ihre bisher **an idealen Zukunftsvorstellungen** orientierten Aufrufe und Beschlüsse **materiell zu konkretisieren**.

Aufgabe von Kriegsgegner in den Gewerkschaften (und ihren Unterstützern aus der Friedensbewegung) wird es daher sein, den Zusammenhang zwischen **Aufrüstung und Sozialabbau** zu konkretisieren. Die Hauptleidtragenden jedes Kriegs sind immer die abhängig Beschäftigten. Für alle Aufgabenbereiche der Gewerkschaften bedeutet das, die **sozialen Kosten von Kriegsvorbereitungen** zu konkret zu benennen. Und zwar

- 1. jetzt, während der Kriegsvorbereitungen, und
- 2. für den angestrebten Kriegsfall

„Jetzt“ bedeutet:

1. **Sozialabbau**: Kürzungen bei Bundeszuschüssen zu Renten, gesetzlichen Versicherungen (Erwerbslosigkeit, Gesundheit, Pflege), sozialer Infrastruktur (Bildung, **Sozialwohnungen**)
2. **Einschränkung sozialer Rechte**: Arbeitszeit, Teilzeit, Urlaubszeiten, Zwangsverpflichtungen (Produktion, Zivildienst)
3. **Zwangsmaßnahmen**: Musterungen für Kriegstauglichkeit
4. **Physische Infrastruktur**: Straßen und Bahnen auf West-Ost begrenzt, nicht-militärischen Krankenhäuser, Schulen/Hochschulen, **bezahlbarer Wohnraum**.

Für den „Kriegsfall“ bedeutet:

1. **Zwangsrekrutierungen** für die Front
2. **Triage** zwischen militärischer Verwendbarkeit und ziviler Nichtbehandlung
3. **Kollateralschäden** bei Zivilbevölkerung (Fabriken, physischer Infrastruktur, Wohnen)

Unser **stärkstes Argument** in der Debatte um Krieg und Frieden ist die **konkrete Verbindung von Kriegsvorbereitungen mit** dem dafür erforderlichen **Sozialabbau**. **Kriegstüchtigkeit** vorzubereiten erfordert eine ganz massive Umschichtung von Mitteln, also faktisch einen **Sozialen Krieg** zu führen.

Noch immer sind Gewerkschaften in Deutschland ein zentraler gesellschaftspolitischer Akteur. Gerade aufgrund der Einflussfähigkeit muss die Friedensbewegung auf die Gewerkschaften noch deutlicher zugehen. Dabei hat die Friedensbewegung viele Partner, zumal die engagiertesten Gewerkschafter meist vehemente Kriegsgegner sind. Die publizierte Außendarstellung beschränkt sich zwar meist auf hauptamtliche Spitzenfunktionäre, aber politische Initiativen seitens der Gewerkschaften entstehen fast immer auf Druck ehrenamtlicher Funktionsträger.

Auf den 2025er Gewerkschaftstagen von IGM, VerDi GEW und IG BAU gelang es diesen Kollegen bereits, die von Sozialkooperativisten dominierten Gewerkschaftsführungen vor sich her zu treiben, mit vielen Anträgen und ausführlichen Debattenbeiträgen. Auf den Gewerkschaftstagen von IGM und VerDi nahmen die Debatten um die Gegnerschaft zur Aufrüstung deutlich mehr Zeit ein als vorgesehen. Der Gewerkschaftstag der GEW forderte eine ausschließliche Verwendung der 500 Mrd. € Sonderschulden für zivile Infrastruktur. Auf dem Gewerkschaftstag der IG BAU fehlten dem Initiativantrag „Sozialer Wohnungsbau statt 2% für Rüstung“ in der Schlussabstimmung nur ganz wenige Stimmen.

In diesem Jahr finden zentrale Gewerkschaftstage statt, u.a. der DGB-Bundeskongress im Mai. Ganz oben bei den **Anträgen** stehen **Frieden und Rüstung**. Dort formuliert sich der Widerstand der Basis mit Kampagnen wie „Sagt Nein!“. Sie kritisieren die Aufrüstung und fordern eine klare friedenspolitische Positionierung des DGB bereits im Vorfeld des Kongresses. Auch auf dem Bundeskongress der IG BAU werden Anträge für eine vollständige Umwidmung der 1,1 Bio Euro für ausschließlich zivile Zwecke gestellt werden. Diese Anträge kommen selbst aus bezirklichen Verbandstagen.

Die Bedeutung gewerkschaftlicher Debatten und Forderungen darf nicht unterschätzt werden, insbesondere zum Umkehren der veröffentlichten Meinung. Daher ist die Friedensbewegung aufgefordert, umfassend zur Meinungsbildung in den Gewerkschaften beizutragen, auch mit Argumentationshilfen. Und natürlich ist die Friedensbewegung aufgefordert, ihre Mitglieder in den Gewerkschaften zu unterstützen.

-----

Gewerkschaftliche Friedenskonferenz Berlin 30.05. (Kontakt: [GotthardKrupp@t-online.de](mailto:GotthardKrupp@t-online.de) )

Internationale Friedenskonferenz London 20./21.06. (Kontakt: [armin.duttine@verdi.de](mailto:armin.duttine@verdi.de))

Dokumentation der internationalen Friedenskonferenz in Paris Oktober 2025 ([Meeting international contre la guerre](#))